

Nachrichten

Deutscher Pflegerat stellt Eckpunktepapier für neues Berufsgesetz für die Pflege vor

„Es reicht nicht aus, das Gesetz auf die Ausbildung zu beschränken“

Vertreter von Pflegeverbänden sind sich einig, dass das Berufsfeld Pflege attraktiver werden soll, um vor allem den Fachkräftemangel zu beseitigen. Auf dem Kongress „Pflege 2011“ stellten sie gemeinsam ein Eckpunktepapier für ein neues Berufsgesetz für die Pflege vor.

Berlin (mvd). „Wir wollen in diesem Jahr Großes für die Pflege erreichen“, so Annette Widmann-Mauz (CDU), Parlamentarische Staatssekretärin beim Bundesminister für Gesundheit, auf den Kongress Pflege 2011, der am 28. und 29. Januar in Berlin stattfand. Kernpunkt der Vorhaben ist ein neues Berufsgesetz. „Die drei Pflegefachberufe werden wir noch in dieser Legislaturperiode mit einem neuen Berufsgesetz zusammenführen“, versprach die Staatssekretärin. Nach den Worten von Andreas Westerfellhaus, Präsident des Deutschen Pflegerates (DPR), reiche es jedoch nicht aus, „das Gesetz auf die Ausbildung zu beschränken.“ Auf dem Kongress überreichte der Präsident der Staatssekretärin ein Eckpunktepapier des DPR. „Die Reform der Ausbildung muss ergänzt werden um die Festlegung prioritär vorbehaltener Aufgaben der Pflege“, heißt es in dem Papier. Auch die



In Berlin stellten Verbandsvertreter Eckpunkte für ein neues Berufsgesetz vor (v.l.): Thomas Meißner (AVG), Peter Bechtel (BALK), Christoph Posch (Moderation), Andreas Westerfellhaus (DPR) und Rolf Höfert (DPV). Foto: Pillick

Finanzierung der Ausbildung müsse neu geregelt werden. Westerfellhaus: „Wir müssen weg von einem budgetgesteuerten Finanzierungssystem, weg von einer Finanzierung frei nach Kassenlage, hin zu einer Steuerfinanzierung der Ausbildung.“

Die Ausbildung sei nicht Aufgabe der Kliniken, sondern ein gesamtgesellschaftlicher Auftrag, ergänzte Peter Bechtel, Vorsitzender des Verbandes Bundesarbeitsgemeinschaft Leitender Pflegepersonen (BALK) e.V. Peter Bechtel verwies darauf, dass viele Stellennicht besetzt werden könnten, da Fachkräfte fehlten.

Für ihn sei daher eine dauerhafte Finanzierung das beste Mittel, um eine unsichere Situation wie den Fachkräftemangel zu beseitigen. Die Ausbildung sei zudem nicht Aufgabe der Kliniken, sondern ein gesamtgesellschaftlicher Auftrag.

Rolf Höfert, Geschäftsführer des Deutschen Pflegeverbandes (DPV) e.V., plädierte für ein „multiples Vorgehen“ bei der Suche nach geeigneten Maßnahmen, um den gegenwärtigen Fachkräftemangel zu beseitigen. Zwar sei schon unter der ehemaligen Gesundheitsministerin Ulla Schmidt mit einem Pflegestellen-Förderprogramm 2009 begonnen

worden, um innerhalb von drei Jahren 17 000 neue Stellen im Pflegebereich zu schaffen. Allerdings seien z.B. innerhalb der letzten zehn Jahre rund 50 000 Stellen in der Krankenhauspflege abgebaut worden. Der Fachkräftemangel könne zudem gegenwärtig nicht durch ausländische Arbeitskräfte gemindert werden, solange die Anerkennungshürden so hoch seien. Dabei verwies Höfert vor allem auf die „Schikane der Bürokratie und den fachlichen Hürdenlauf“ für Arbeitnehmer aus Osteuropa, die hier in der Pflegebranche tätig sein wollten. Er sprach sich stattdessen lediglich für einen Sprachtest als Voraussetzung zur Arbeitsaufnahme aus und nannte die gegenwärtigen Anerkennungshürden eine „falsch verstandene Arroganz unseres Systems“.

Das Augenmerk auf die Situation im häuslichen Pflegebereich richtete Thomas Meißner, stellvertretender Vorsitzender des Anbieterverbandes qualitätsorientierter Gesundheitspflegeeinrichtungen (AVG) e.V. Er verwies auf den permanenten Druck zum Sparen im ambulanten Bereich und auf den Ersatz von Pflegefachkräften durch Servicekräfte wie z.B. im Land Brandenburg. Meißner warnt: Es kann nicht sein, dass Patientensicherheit aufs Spiel ge-

setzt wird, weil die Kostenträger sparen wollen.

Die zentralen Punkte des Eckpunktepapiers:

- die bisher drei Pflegefachberufe Altenpflege, Gesundheits- und Krankenpflege, Gesundheits- und Kinderkrankenpflege zu einem Beruf mit einer Berufsbezeichnung und möglicher Schwerpunktbildung in einer bundesrechtlich reglementierten Ausbildung zusammenführen;
- die pflegeberufsbildenden Schulen aus der organisatorischen und wirtschaftlichen Verantwortung der Träger von Gesundheitseinrichtungen lösen;
- die Pflegeerstausbildung an höheren Berufsfachschulen nach Landesrecht und an Hochschulen etablieren, denn nur so sind Bildungsstandards zu sichern und der Anteil von akademisch ausgebildeten Pflegenden steigt perspektivisch;
- die horizontale und vertikale Durchlässigkeit im Bildungssystem verbessern. //

INFORMATION

Das Eckpunktepapier finden Sie im Internet unter www.deutscher-pflegerat.de

DGB: 40 000 arbeitslose Pflegenden vermitteln

„Fachkräftemangel hausgemacht“

Regensburg. Der DGB schlägt in der Debatte um den Fachkräftemangel und die Anwerbung billiger Pflegekräfte aus dem Ausland Alarm. Vorstandsmitglied Annelie Buntenbach sagte der Mittelbayerischen Zeitung, dass in Deutschland allein in der Altenpflege 40 000 Pfleger arbeitslos gemeldet sind – damit hat sich die Zahl seit dem Jahr 2000 nahezu verdoppelt. Betroffen sind jedoch zumeist Hilfskräfte – nur rund 2 700 der arbeitslosen Pflegenden waren examiniert.

„Diese Menschen gilt es zunächst zu vermitteln und wenn erforderlich zu qualifizieren, bevor nach billigen Arbeitskräften aus Nicht-EU-Staaten gerufen wird“, meinte Buntenbach. Trotz des steigenden Fachkräftebedarfs sei die schulische Ausbildung in der Altenpflege rückläufig. 2004 standen gut 45 600 Plätze zur Verfügung. Heute sind es nur noch rund 41 500. Die ambulanten Pflegedienste bildeten bisher kaum aus, was daran liege, dass sich die entsprechenden Mehr-

kosten für sie kaum refinanzieren ließen.

Der DGB fordert zudem, dass sich die Bezahlung und die Gestaltung der Arbeitsbedingungen verbessern. Bisher zähle in Deutschland die Wartung einer Maschine mehr als die Pflege kranker oder pflegebedürftiger Menschen. Der von den Gewerkschaften im Vorjahr durchgesetzte Mindestlohn in der Pflege sollte nicht die Regel, sondern die „unterste Haltelinie“ sein. Buntenbach verlangte zugleich „strikten Missbrauchsschutz bei der Leiharbeit“ sowie die Durchsetzung des Prinzips „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit“ (Equal-pay-Prinzip) auch bei Leiharbeitskräften. Selbst bei den großen Wohlfahrtsverbänden greife der „Schleckerismus“ um sich. Auch tariflich gebundene Arbeitgeber versuchten, über den Missbrauch von Leiharbeit durch die Gründung eigener Zeitarbeitsfirmen die Löhne für Pflegekräfte zu drücken, kritisierte das DGB-Vorstandsmitglied. //

Brysch: „Ein Coffeeshop für Tötung“

Niederländer planen Freitod-Klinik

Amsterdam. In den Niederlanden wird die Eröffnung einer Freitod-Klinik geplant. Das Krankenhaus soll Patienten begleiten, die sterben möchten. Diese Pläne gehen vielen niederländischen Ärzten zu weit. Scharfe Kritik kommt aus Deutschland.

„Niemand ist verpflichtet zu leben.“ Unter diesem Leitsatz kämpft in den Niederlanden eine Bürgerinitiative für ein fast uneingeschränktes Recht auf Freitod. Die Kampagne wird von der weit hin respektierten „Niederländischen Vereinigung für ein freiwilliges Lebensende“ (NVVE) mit 20 hauptamtlichen Mitarbeitern und mehr als 100 000 Mitgliedern, unter ihnen nicht wenige Prominente, getragen. Ihr neuestes Projekt: Eine Freitod-Klinik, in der sich pro Jahr bis zu 1 000 Menschen „würdig“ töten lassen oder selbst töten können. Nach Angaben der Vereinigung werden die Patienten der Freitod-Klinik selbst entscheiden können, ob sie selbst ihr Leben beenden möchten oder diesen Schritt in die Hände eines Arztes legen.

Seit 1973 tritt die NVVE, die über ein Millionenbudget aus Spenden verfügen soll, für einen gesetzlichen Anspruch von Menschen jenseits der 70 auf den Freitod ein – ganz egal, ob sie krank sind oder nicht. Ihren bislang größten Erfolg feierte sie 2002, als die Niederlande als erstes Land der Welt aktive Sterbehilfe per Gesetz erlaubte.

Hollands Medizinerverband KNMG sprach sich gegen die Pläne aus und warnte vor „einem Tunnelblick, bei dem der Tod der einzige Ausweg ist“. Auf scharfe Kritik stieß das Vorhaben sofort bei Suizidgegnern in Deutschland. „Das wäre ein Coffeeshop für Tötung“, sagte Eugen Brysch von der Patientenschutzorganisation Deutsche Hospiz Stiftung. „Mit den Möglichkeiten, die da geboten werden, wird praktisch ein Druck aufgebaut, dass Menschen aus dem Leben scheiden sollen, weil sie vielleicht anderen zur Last fallen. Solcherart Art Zwang, sich zu töten, kann kein Konzept für eine menschliche Gesellschaft sein.“ //

Skepsis bei CDU und CSU

Protest gegen Reformpläne

Stuttgart. Bei CDU und CSU wächst der Protest gegen die von der FDP geplante kapitalgedeckte Pflegeversicherung. Das berichtet der „Spiegel“. Nach der bayerischen Sozialministerin lehnt auch der Arbeitnehmerflügel der CDU in Baden-Württemberg die zusätzliche Versicherung ab, in der für die Arbeitnehmer Rücklagen zur Pflege im Alter gebildet werden sollen.

„Die letzte Finanzkrise zeigt, dass eine Absicherung der Sozialversicherung über die Kapitalmärkte riskant wäre“, schreibt die Christlich-Demokratische Arbeitnehmerschaft (CDA). Zudem führe das Kapitaldeckungsverfahren zu „einer Doppelbelastung der arbeitenden Bevölkerung“. Der Arbeitgeber bleibe bei der Finanzierung „außen vor“. //

INFORMATIONEN

zur CDA auf Bundesebene: www.cda-bund.de